

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Knudsdorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jakob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Ruchsnappel und Lirchheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbezirk

57. Jahrgang

Nr. 299.

Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

Sonntag, den 22. Dezember

Haupt-Inspektionsbezirk im Amtsgerichtsbezirk.

1907.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtagen) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljahr 4 Mark, halbes Jahr 7 Mark, ein Jahr 12 Mark. Durch die Post bezogen 1 Mark 75 Pfennig. Einzelne Nummern 10 Pfennig. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Postamtstraße Nr. 5b alle kaiserlichen Postämter, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Abbestellungen werden die Halbjahresfrist mit 10 Wochen vorher gemeldet. Rücksendung 30 Pf. In amtlichen Stellen kostet die zweifelhafte Stelle 30 Pf. Haupt-Inspektionsbezirk Nr. 7. Inseraten-Nachnahme täglich bis 10 Uhr vormittags 10 Hbr. Telegramm-Adresse: Lichtenstein.

Das Wichtigste.

Das Vermögen der verstorbenen Königin Karola, zu dem König Friedrich August als Universalerbe eingesetzt ist, soll über 20 Mill. Mk. betragen.

Heute Sonnabend findet in Berlin die Taufe des zweiten Sohnes des deutschen Kronprinzen statt.

Sultan Abdul Aziz will den Oberbefehl über die gegen Musah Hafid ausgesandten Truppen übernehmen.

In Port Said hat ein Streik der Kohlenträger begonnen, der den Durchgang der Dampfer durch den Suezkanal verzögert.

In Palermo wurden bisher 93 Leichen geborgen.

Es besteht keine Hoffnung, die in der Darwude eingeschlossenen 250 Bergarbeiter zu retten.

Die Nachrichten aus Persien lauten recht ernst.

Reichssteuerpläne.

Als Ergebnis der neuesten Finanzberatungen kann, wie wir hören, vorläufig das eine festgestellt werden, daß der Weg der Einführung direkter Reichsteuern, sei es Reichseinkommensteuer oder Reichsvermögenssteuer, jetzt und in absehbarer Zeit nicht beschritten werden wird. Daher sind auch die Befürchtungen, die in der Zweiten Kammer geäußert wurden, unbegründet. Man ist der Ansicht, daß eine auch noch so unbedeutende Reichseinkommensteuer ein Prinzip in sich schließen würde, dessen Durchführung zur vollständigen Mediatisierung der Bundesstaaten, und zwar sowohl auf finanziellem wie schließlich auf politischem Gebiet führen müßte.

Da sich die „große Reichsfinanzreform“ als nicht ausreichend erwiesen hat, tauchen jetzt wieder neue Steuerpläne auf. Darüber wird uns geschrieben:

Die Gerüchte über die Steuerpläne, die in den letzten Wochen aufgellallert sind, und die von Reichseinkommensteuern eine Erweiterung der Erbschaftsteuer, sowie von einem Branntweinmonopol und einer Wiedereinbringung der Tabaksteuer wissen wollen, mangeln Wahrheit und Dichtung üppig durcheinander. Es ist zunächst festzustellen, daß die Gerüchte hinsichtlich der direkten Steuern vollständig auf Irrtum beruhen. Die Mehrzahl der Bundesstaaten, darunter Preußen, sind gegen eine Reichseinkommensteuer, da sie die Besteuerung des Einkommens für sich behalten wollen. Es mag nur daran erinnert werden, daß Preußen gerade jetzt mit einer Erweiterung seiner Einkommensteuer beschäftigt ist. Ebensovienig ist eine Erweiterung der Erbschaftsteuer in Aussicht genommen.

Die Steuerpläne der Regierung bewegen sich vielmehr nach folgenden Richtungen: Es ist einmal eine Umsatzsteuer auf die großen Mühlenunternehmungen, ferner eine Monopolisierung des Branntweins in Aussicht genommen, daneben steht als Reservegeschäft das Tabakmonopol. Beide Entwürfe sind bereits dem Bundesrat zugegangen. An den Besteuerungsplänen für die Mühlenfabrikate wird im Reichshofamt auch schon seit längerer Zeit gearbeitet. Schon seit Jahresfrist sind Sachverständige mit dem Studium der Verhältnisse in den großen Getreidemühlen beauftragt und es ist anzunehmen, daß die Vorarbeiten soweit gediehen sind, daß bald eine Entscheidung gefaßt werden kann, ob in der nächsten Session des Reichstages ein dahingehender Gesetzentwurf zur Vorlage kommen soll oder nicht.

Die Vorarbeiten zum Branntweinmonopol und zur Zigarettenbanderolesteuer sind, wie erwähnt, zu Ende gediehen. Es steht fest, daß noch im Winter dem Reichstage ein Gesetzentwurf nach

dieser Richtung zugehen wird. Das erste Monopol soll herartig gestaltet werden, daß die Herstellung des Rohspiritus wie bisher in privaten Händen bleibt, dagegen seine Verarbeitung vom Reich übernommen wird. Zu diesem Zwecke soll das Reich die vorhandenen großen Spiritusfabriken aufkaufen, während die kleineren Unternehmer mit einem Kapital abgedeckt werden, dessen Höhe sich nach dem bisherigen Reingewinn richtet. Die Regierung gedenkt ein eingeschränktes Produktionsmonopol einzuführen, nicht ein ledigliches Voll-Handelsmonopol, wie es im Jahre 1886 in Aussicht genommen war. Wie weit ein Branntweinmonopol-Steuergesetz zu begrüßen oder zu verurteilen wäre, wird auf seine Fassung ankommen. Einzuwenden ist dagegen jedenfalls, daß das fiskalische Prinzip sein muß, die Steuer möglichst ertragreich zu machen, wofür ein starker Konsum die Voraussetzung ist, während auf der anderen Seite die möglichste Beschränkung des Alkoholgenußes im Interesse der gesundheitlichen Entwicklung des gesamten Volkstörpers auf das entschiedenste zu verlangen ist. Für das Monopol spricht, daß der Gewinn des Zwischenhändlers in die Taschen des Reiches fließt und dadurch bei richtiger Handhabung eine Einnahmequelle erzielt werden kann, ohne daß der Konsument mehr belastet werden muß. Von der Art der Zigarettensteuerbanderole verläutet noch wenig. Jedenfalls wird man erst abwarten müssen, wie die Gesetzentwürfe im einzelnen aussehen, ehe es an der Zeit ist, für oder gegen Stellung zu nehmen.

Deutsches Reich.

Berlin. (Zum Besuche des Kaisers in England.) Sir Edward Grey berührte in seiner Rede, die er in Berwick hielt, auch den Besuch des deutschen Kaisers in England und sagte, daß er dazu bestimmt gewesen sei, auf beide Länder einen günstigen Einfluß auszuüben. Die Hälfte oder noch mehr als die Hälfte aller diplomatischen Schwierigkeiten verschwinden, wenn beide Völker gegenseitig zu der Ueberzeugung gelangten, daß keines dem anderen übel wolle.

(Erklärung des Präsidiums vom Flottenverein.) Der Präsident des Flottenvereins, Fürst zu Salm, hat an die Landesverbände ein Rundschreiben erlassen, worin sich das Ergebnis der Präsidialtagung vom Mittwoch wieder spiegelt. Es wird hervorgehoben, daß das Schreiben des bayerischen Landesauschusses unter Berufung des § 17 der Satzungen veröffentlicht wurde; weiter heißt es: für die eigentlichen Verhältnisse in Bayern ist vom bayerischen Verband der Anspruch geltend gemacht worden, daß ihm für Bayern die Agitation allein überlassen bleibe. Das Präsidium hat diesem Begehren stattgegeben: ein einzelner Landesverband konnte aber nicht den Anspruch erheben, daß seine Anschauungen über die Leitung des Gesamtvereins allein zu befolgen sind. Die Durchführung der Geschäfte des Präsidiums umfaßt zwei Tätigkeitsgebiete, einmal die Agitation, dann die Leitung der mannigfachen laufenden Geschäfte. Die Agitation hat General Keim freiwillig ohne jedes Entgelt seit Jahren besorgt. Für die anderen Geschäfte, die gleichfalls ehrenamtlich sind, hat keine geeignete Persönlichkeit gewonnen werden können; Geheimrat Busley habe sie zwei Jahre im Ehrenamte geführt, aber schon im Sommer dieses Jahres zu erkennen gegeben, daß er diese Arbeit fernerhin nicht leisten könne. Keim hatte dieses Amt nur widerstrebend angenommen. Nach der Uebernahme hätte er es als selbstverständlich erklärt, daß seine Tätigkeit im Einvernehmen mit den übrigen Präsidialmitgliedern zu leisten. Der bayerische Landesverband habe im Mai durch seinen Antrag Keim entlassen wollen. Dieser Antrag sei zurückgezogen worden, weil die erbrückende Mehrheit dagegen war. Der jetzige Schritt bildet ledig-

lich einen Versuch, das in Köln verfehlte Vorhaben ohne tatsächliche Begründung auf einem anderen Wege zu erreichen. Der Rücktritt des Prinzen Rupprecht sei mit größtem Bedauern entgegengenommen worden. Um dem Präsidium die Gewißheit zu geben, daß seine Ansicht von der Mehrheit der Mitglieder geteilt wird, beruft der Präsident eine außerordentliche Hauptversammlung zum 19. Januar 1908 nach Kassel ein.

(Die Entlassung ausländischer Arbeiter) nimmt, wie man uns aus dem Ruhrkohlenrevier schreibt, einen immer größeren Umfang an. Nachdem bereits die Zechen in den Revieren Obershausen und Reddinghausen die ausländischen Elemente aus ihren Belegschaften entfernt haben, gehen nunmehr auch die Zechen bei Gelsenkirchen und Dortmundern dazu über, den ausländischen Arbeitern zu kündigen und sie durch einheimische Arbeiter zu ersetzen. Dieses Vorgehen ist umso freudiger zu begrüßen, als infolge des Stillstehens des Baugewerbes und der ungenügenden Beschäftigung mancher Eisenerwerke in letzter Zeit zahlreiche einheimische Arbeiter beschäftigungslos geworden sind. Der bisherige Arbeitermangel im Kohlenbergbau hat infolgedessen bedeutend abgenommen.

Ausland.

Wien. (Der österreichische Ministerpräsident) Freiherr von Beck hielt gestern bei der Budgetberatung im Abgeordnetenhaus eine große Programmrede, in der er erklärte, die Regierung könne sich weder auf eine einzelne Partei, noch auf einzelne Nationen stützen; ihre Aufgabe sei die eines unbefangenen Schlichtergerichtes gegenüber allen Nationen. Ferner teilte er mit, die Regierung werde die Lösung der Nationalitäten- und der Sprachensfrage in Böhmen, wie im ganzen Reich in Angriff nehmen. Schließlich kündigte der Ministerpräsident noch sozialreformatorische Gesetze, unter ihnen ein Alters- und Invaliditätsvorsorge, sowie die Reform des gesamten Steuerwesens, an.

Teheran. (Die Lage in Persien.) Der Schah soll nach der Kosakenbrigade den Befehl erteilt haben, das Parlament zu bombardieren und dessen Verteidiger rücksichtslos anzugreifen. Die Folge wäre ein Blutbad gewesen. Im letzten Augenblick soll der russische Kommandeur dem Schah vom dem Unternehmen abgeraten haben, weil er sich nicht auf seine Leute verlassen könne. Die Kosaken (Perser) weigerten sich einfach zu marschieren. Der Schah zeigte sich indessen wieder einmal zum Nachgeben geneigt. Er befahl, den Platz von seinen Anhängern räumen zu lassen, wenn das Parlament ein gleiches tue. Da kein Teil dem anderen traut, sind die Bewaffneten beiderseits zwar zurückgezogen worden, sie werden aber verborgen gehalten. Die Forderung des Schahs, ein neues Ministerium zu berufen, wird gegenwärtig im Parlament beraten. Nach Wiener Meldungen aus Teheran ist der Schah abgereist worden.

Prozeß Moltke-Garden

In der heutigen Sitzung wurde als erster Zeuge der Klosterpropst Graf Otto v. Moltke vernommen. Nachdem er den Charakter seines Geschlechtsvetters das beste Zeugnis ausgestellt hat, geht er auf seinen Kartellaufrag und seine Besuche bei Garden ein und verliert den zwischen ihm und Garden geführten Briefwechsel. Garden hat damals den Sinn seiner Artikel mit Bestimmtheit dahin interpretiert, daß er den Generalleutnant Grafen Moltke für geschlechtlich verwers und politisch für schädlich halte. Jeder Satz steht wie eine Mauer. Vermutet sucht nach irgend einer bröckeligen Stelle, wo er dem Sturmbock ansetzen könnte. Er versucht aus dem Zeugen das Jugendumis zu erfragen, daß der Kida